

Mai Blatt

Region hat Geld - und spart Kliniken auf Kosten der Patient/innen und Beschäftigten kaputt...

⋮ Seite 3

Zunehmend auch Paare und Familien in Hannover obdachlos. Fachleute diskutieren mit Betroffenen über Auswege...

⋮ Seite 4 bis 5

Stadt will Klärschlamm in Lahe verbrennen. Umweltfreundliche Alternativen wurden nicht geprüft...

⋮ Seite 7

Trotz Protesten: Politiker/innen streichen Busangebot in hannoverschen Randbezirken und im Umland zusammen...

⋮ Seite 8

DIE LINKE.
Fraktionen in der Region Hannover

Liebe Leserin, lieber Leser,



wir möchten Sie mit dieser Zeitung über Themen aus Rat und Regionsversammlung informieren, die Sie und Ihre Familien betreffen. Vieles davon findet nicht den Weg in die konservative Lokalpresse, anderes nur verzerrt.

Die Stadt bleibt beim Bau von Sozialwohnungen weit hinter den eigenen Zielen zurück. Zugleich fehlen immer mehr Belegrechtswohnungen. In den Städten und Gemeinden des Umlandes sieht es kaum besser aus. Wir berichten über die sich zuspitzende Wohnungsnot. Der Mangel

an bezahlbaren Wohnungen in Hannover treibt zunehmend auch Paare und Familien in die Wohnungs- oder Obdachlosigkeit. Lesen Sie den Bericht über eine Veranstaltung, auf der Fachleute mit Betroffenen über Auswege diskutierten.

Trotz massiver Proteste hat die Große Koalition in der Regionsversammlung mit den Stimmen der FDP das Busangebot in den hannoverschen Randbezirken und im Umland zum nächsten Fahrplanwechsel im Dezember zusammengestrichen. Wir beleuchten, warum die Gutachten, mit denen die Streichliste bei der RegioBus begründet wird, nicht das Papier wert sind, auf dem sie stehen.

Die Stadt möchte im Jahr 2025 Europäische Kulturhauptstadt werden. Anstatt ein paar Highlights wie bei der Weltaus-

stellung Expo zu schaffen, müssen nach unserer Auffassung die breite Stadtgesellschaft und vor allem sozial benachteiligte Stadtteile langfristig von dieser Bewerbung profitieren. Andere Beiträge berichten über den Plan, Klärschlamm in Lahe zu verbrennen, ohne umweltfreundliche Alternativen geprüft zu haben oder den Umstand, dass Arbeitslose in der Region Hannover das x-fache für Busse und Bahnen zahlen müssen als Schüler/innen und Azubis aus wohlhabenden Elternhäusern.

Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre und einen wunderschönen Mai 2018!


Jessica Kaußen


Dirk Machentanz

Zoo leidet unter Besucherschwund – und hebt die Eintrittspreise an



„Wenn die Besucherzahlen auf Talfahrt sind, darf man nicht an der Preisschraube drehen.“

Jessica Kaußen,
Vorsitzende
der Regionsfraktion

Obwohl der Zoo Hannover seit längerem unter Besucher(innen)schwund leidet und bundesweit die höchsten Eintrittspreise hat, hat die Geschäftsführung mit dem Segen der Regionpolitiker/innen die Tarife zum März dieses Jahres angehoben. Erwachsene zahlen jetzt für die Tageskarte in der Sommersaison 26,50 Euro (bisher 25 Euro). Kinder zwischen drei und fünf Jahren müssen 14,50 Euro berappen (bisher 13 Euro), zwischen sechs und 16 Jahren sind sie mit 17,80 Euro dabei (Vorjahr 17

Euro). Etwas günstiger ist es der Erwerb der Eintrittskarten für Onlinekäufer/innen. Die Linksfraktion kritisiert diese Unternehmensstrategie. „Wenn die Besucherzahlen auf Talfahrt sind, darf man nicht an der Preisschraube drehen“, mahnte Jessica Kaußen, Vorsitzende der Linksfraktion, im zuständigen Fachausschuss der Regionsversammlung. Es drohten weiterer Besucher(innen)rückgang und sinkende Einnahmen. Den Zoo besuchten im vergangenen Jahr knapp 60.000 Menschen weniger als noch im Vorjahr. Im Geschäftsjahr 2016 verbuchte der Tierpark laut Abschlussbilanz ein Defizit von 736.000 Euro.

Anstatt an der Preisschraube zu drehen, fordert die Linksfraktion, die Preise deutlich zu senken. „Familien mit wenig Geld sind quasi vom Zoobesuch ausgeschlossen, obwohl gerade sie darauf angewiesen wären, weil sich meist keinen Urlaub leisten können“, betonte Kaußen. Diese brachliegende Besucher(innen)gruppe gelte es, für den Zoo zu erschließen. Sie beantragte einen Familientag im Zoo, der sich am Kulturzoo in Hoyerswerda orientiert. Dort zahlen Erwachsene an allen Montagen im Jahr nur fünf Euro, Kinder haben freien Eintritt. „So ein Angebot muss auch in Hannover

möglich sein. Die bisherigen Ermäßigungstarife für Familien mit schmalen Geldbeutel sind viel zu teuer.“ Einkommensschwache Familien müssen nach Vorlage der Region S-Karte die Hälfte der normalen Eintrittspreise zahlen. Wenn Oma und Opa mitkommen, sind so schnell zwischen 50 und 70 Euro fällig. Die anderen Parteien lehnten den Familientag mit Verweis auf die ermäßigten Eintrittspreise ab. Die Geschäftsführung versucht, dem Besucher(innen)schwund mit Spartenangeboten wie einem preiswerten Feierabendticket und einem Kombiticket für den zusätzlichen Besuch des Zoo-Panoramas zu begegnen – bislang ohne Erfolg.

Die Politiker/innen lehnten auch den Antrag der Linksfraktion ab, Menschen mit einer schweren Behinderung den gleichen Preisnachlass zu gewähren, wie Besucher/innen mit einer Region S-Karte. Obwohl Schwerbehinderte einen gesetzlichen Anspruch auf einen sogenannten Nachteilsausgleich haben, weigert sich die Region bisher, diesen bei der Preisgestaltung beim Zoobesuch zu berücksichtigen. Bisher hat nur die Begleitperson freien Eintritt. „Diese Regelung ist nicht ausreichend“, kritisierte Kaußen im Fachausschuss.

Region hat Geld – und spart Kliniken auf Kosten der Patienten und Beschäftigten kaputt



„Man muss mit dieser neoliberalen Unternehmensphilosophie brechen, die mit der Kettensäge arbeitet [und] nur an Haushaltskonsolidierungen denkt...“

Fraktionsvize
Michael Fleischmann

Immer wieder berichten Medien von krisenhaften Zuständen in den Krankenhäusern der Region Hannover. Die stark frequentierte Notaufnahme der Unfallchirurgie im hannoverschen Nordstadt-Krankenhaus wurde zeitweilig wegen akuten Personalmangels geschlossen. Auch ansonsten berichten Patient(inn)en von einer regelrechten Abschottungs- und Abweisungspolitik in diversen Notaufnahmen. Es gibt erhebliche Engpässe bei Betten für lebensbedrohlich erkrankte Schlaganfallpatient(inn)en. Wegen Personalmangels mussten zeitweilig Kreissäle schließen. Es fehlt an Hebammen. Eine Krankenhauskrise im Ballungsraum Hannover ist unübersehbar. Wie konnte es dazu kommen?

Hintergrund sind drastische Rationalisierungsmaßnahmen, welche die Regionspolitiker/innen gegen den Widerstand der Linksfraktion dem kommunalen Klinikum Region Hannover mit seinen noch zehn Krankenhäusern in Stadt und Umland verordnet haben. Im Zuge der sogenannten „Medizinstrategie 2020“ machten die Politiker/innen die Geburtsklinik im Nordstadt-Krankenhaus dicht – trotz steigender Entbindungszahlen. Im dicht besiedelten Umland wurde die Klinik in Springe weitgehend geschlossen und auf eine Notfallversorgung eingedampft. Alle übrigen Patient(inn)en werden ins weit entfernte Gehrden verwiesen. Insgesamt 800 Stellen

wurden in den Krankenhäusern des kommunalen Klinik Konzerns abgebaut, was die Belastung des Personals weiter deutlich erhöht hat. Nicht nur der Pflegedienst ist extrem belastet, auch die Ärzt(inn)en gehen auf dem Zahnfleisch. Die Versorgung der Patient(inn)en ist vielfach auf das Notwendigste beschränkt. Auch die Auswirkungen auf die Krankenhaushygiene sind nicht zu unterschätzen. Derzeit geht man bundesweit von 40.000 Toten pro Jahr durch multiresistente Keime aus. Zum Vergleich: Auf deutschen Intensivstationen muss eine Krankenschwester 20 bis 30 Patient(inn)en versorgen. In Norwegen sind es maximal fünf.

Weiterer Stellenabbau droht

„Die Kostendrückerei der vergangenen Jahre ist voll zulasten der Kranken und Beschäftigten gegangen“, muss LINKEN-Regionsvize Michael Fleischmann feststellen. „Obwohl das Klinikum der Region gehört, wird es wie profitorientierter Privatkonzern geführt.“ Geschäftsführung und Regionspolitiker/innen feiern sich in der Lokalpresse für die schwarzen Zahlen, die das Klinikum mittlerweile schreibt. Trotzdem droht weiterer Stellenabbau, weil nach der wirtschaftlichen nun die bauliche Konsolidierung im Unternehmen ansteht. Allein für den zukunftsfesten Ausbau der Klinik in Lehrte und den Neubau des maroden Krankenhauses in Großburgwedel werden laut Geschäftsführung rund 150 Millionen Euro fällig. Da das Land dafür wohl kein

Geld geben wird, muss das Klinikum diese Ausgaben stemmen. Neben diesen beiden Riesenprojekten gibt es noch viele andere Baustellen. In den Krankenhäusern besteht insbesondere im Operationsbereich und auf den Stationen ein erheblicher Sanierungs- und Instandsetzungsbedarf. Gleichzeitig haben die Regionspolitiker/innen dem Klinikum verordnet, sich selbst finanzieren zu müssen. „Wenn sich das nicht ändert, werden die bauliche Modernisierung wieder die Beschäftigten und mit ihnen die Patientinnen und Patienten schultern müssen“, befürchtet Fleischmann.

Es geht auch anders

„Man muss mit dieser neoliberalen Unternehmensphilosophie brechen, die mit der Kettensäge arbeitet, nur an Haushaltskonsolidierung denkt und faktisch von einer ganz großen Koalition aller bürgerlichen Parteien in der Regionsversammlung vertreten wird“, sagt der Kommunalpolitiker. Bis zur vergangenen Kommunalwahl trug die Koalition aus SPD und Grünen dafür die Verantwortung und jetzt das Regierungsbündnis aus SPD und CDU. „Die Region muss dem Klinikum deutlich mehr Geld geben“, fordert Fleischmann seit Jahren. „Das Geld dafür ist da, das nicht ausschließlich in den Schuldenabbau fließen darf.“ Die Region Hannover verzeichnet seit langem Haushaltsüberschüsse, vergleichbar mit dem Gewinn eines Unternehmens, von jährlich bis zu mehr als 50 Millionen Euro.



Hannover: Zunehmend auch Paare und Familien wohnungs- oder obdachlos

Fachleute diskutieren mit Betroffenen über Auswege



„Mich ärgert, dass bei einer Zwangsräumung niemand vom Wohnungsamt vor Ort ist, um mit einer neuen Wohnung zu helfen. Wir brauchen mehr öffentlichen Wohnungsbau.“

Fraktionsvorsitzender
Dirk Machentanz

Über Hilfen für Wohnungs- und Obdachlose haben Fachleute mit Betroffenen auf Einladung der Linksfraktion im Rat Ende März beim Lindener Tisch e. V. vor rund 90 Zuhörer/innen diskutiert. Hintergrund ist die hohe Zahl von geschätzten rund 4.000 wohnungslosen Menschen in der Landeshauptstadt, von denen knapp 500 auf der Straße leben müssen – Tendenz steigend. Betroffen sind zunehmend auch Paare und Familien. Immer häufiger fräsen sich „Matratzenlager“ ins Stadtbild.

Unter Moderation des Juristen und Schuldnerberaters Juan Pedro Sanchez Bra-

ckebusch debattierten Sozialdezernentin Konstanze Beckendorf, Volker Macke, Redaktionsleiter der Straßenzeitung Asphalt, Michael Pfannschmidt vom Lindener Tisch und Dirk Machentanz, Vorsitzender der Linksfraktion. Die Stadt stelle nicht genügend Obdachlosenunterkünfte bereit, räumte Konstanze Beckendorf vor dem Hintergrund der überfüllten Unterkünfte ein. Immer mehr Menschen suchten ein Dach über dem Kopf. Neben Tagestreffs und Wohnheimen betreibt die Stadt sogenannte Sleep ins. Bei diesen Schlafplätzen handelt es sich meist um Drei-Bett-Zimmer, die jede Intimsphäre vermissen lassen. Manche Menschen überlegten, lieber draußen zu schlafen, berichtete Volker Macke. Für die Betroffenen ist das gerade im Winter lebensbedrohlich.

Für Schlagzeilen sorgte Anfang des Jahres bei Temperaturen um den Gefrierpunkt ein weitgehend unbekleideter Toter in Bothfeld – ein Indiz für einen Kältetoten. Unbewusst reißen sich diese Menschen im Todeskampf zum Schluss die Kleider vom Leib, weil sie das Gefühl bekommen, ihnen sei heiß. Ob und wie viele Kältetote es in der Stadt gebe, wisse man nicht, weil sich die Obduktion darauf beschränke, ein



„Wir versuchen, jeden drohenden Verlust einer Wohnung abzuwenden. Wer einmal eine bezahlbare Wohnung in Hannover verloren hat, findet keine neue.“

Sozialdezernentin
Konstanze Beckendorf

mögliches Fremdverschulden als Todesursache festzustellen, erläuterte Macke. Dirk Machentanz kritisierte die fehlende Datengrundlage auch mit Blick auf die fehlende Obdachlosenstatistik.

Besserung durch „Housing First“?

Nicht zuletzt auf Druck der Politik hat die Bauverwaltung angekündigt, die Situation zu entschärfen. Geplant ist, unter dem Motto „Housing First“ jedem Obdachlosen eine Wohnung zu geben. Sozialarbeiter/innen sollen helfen, im Alltag Fuß zu fassen. Dafür will die Verwaltung Wohnungen im Stadtgebiet verteilt anmieten. „Diese Wohnungen gibt es aber nicht“, mahnte Volker Macke. Die städtische Wohnungsbaugesellschaft GBH habe über Jahrzehnte viel zu wenige gebaut. Mietpreisbindungen habe man auslaufen lassen. „Die Leute kommen nicht raus aus den Wohnheimen, obwohl sie stabilisiert sind“, zitierte er den Hilferuf von Andreas Sonnenberg,

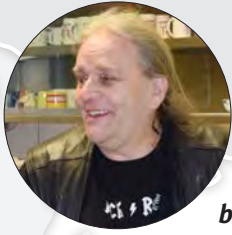


„Die Häuser, die man für Housing First braucht, gibt es nicht.“

Volker Macke,
Redaktionsleiter der
Straßenzeitung Asphalt

Leiter des Wohnheims Werkheim. Aber selbst dann, wenn es die erforderlichen 500 Belegrechtswohnungen geben würde, sei damit nicht jedem Obdachlosen geholfen, sagte der Asphaltredakteur. Für manche sei zunächst ein Wohnheim als geschützter Bereich mit direkter Hilfe und Ansprechpartner/in sowie ohne mögliche Konflikte mit Nachbarn besser.

„Housing First“ werde von der sozialen Wohnraumhilfe der Diakonie und der Wagener'schen Stiftung schon erfolgreich praktiziert, meldete sich Stiftungsvorsteher Reihhold Fahlbusch aus den Reihen der Zuhörer/innen zu Wort. Um mehr Wohnungen bauen zu können, benötige die Stiftung Grundstücke, und die Bauvorschriften müssten sich ändern. „Wir müssen nicht überall 2,50 Meter hohe Räume haben, wenn es nicht anders geht“, schrieb er der Stadtverwaltung ins Stammbuch. „Entscheidend ist, dass wir



„Lange bevor ich wohnungslos wurde, hatte ich das Wohnungsamt aufgegeben. Ich habe lange gebraucht, um mich selber aus dem Sumpf herauszuziehen. Ich war froh, als ich hier die Gelegenheit bekam, mich einzubringen.“

Michael Pfannschmidt,
Lindener Tisch e. V.

die Leute von der Straße kriegen.“ Die Unterbringung von Wohnungs- und Obdachlosen gehöre zudem nicht ins Bau-, sondern ins Sozialdezernat. „Wohnen ist mehr als bauen“, betonte er. Dirk Machentanz forderte, die Stadt müsse mehr Wohnungen bauen als die bisher geplanten 1.000

Wohnungen pro Jahr, von denen mindestens 25 Prozent Sozialwohnungen sein sollen. Vor dem Hintergrund von fast 400 Zwangsräumungen im Jahr zeigte er sich verärgert, dass in solchen Fällen niemand vom Wohnungsamt vor Ort sei, um mit einer neuen Wohnung zu helfen. In anderen Städten würden die Menschen in solchen Fällen in ihre bisherige Wohnung zurück überwiesen, berichtete er. Bei drohendem Wohnraumverlust setze sich die Verwaltung mit dem Vermieter in Verbindung, um den Verlust der Wohnung „möglichst zu verhindern“, sagte Konstanze Beckedorf.

Stadt bleibt beim Bau von Sozialwohnungen weit hinter eigenen Zielen zurück - Immer mehr Belegrechtswohnungen fehlen



„Die Kreis-siedlungs-gesellschaft muss ihr Versprechen, tausend Wohnungen zu bauen, sofort umsetzen und nicht erst wie angekündigt in zehn Jahren. Bezahlbarer Wohnraum fehlt jetzt.“

Regionsabgeordneter
Manfred Milkereit

Anfrage der Gruppe LINKE & PIRATEN im Rat mit. Noch enttäuschender ist die Bilanz bei den Sozialwohnungen, von denen laut Plänen der Stadt bis 2020 etwa 1.200 bezugsfertig sein sollen. Pro Jahr müssen danach 300 neue Wohnungen entstehen. Zwischen Anfang 2017 und Anfang 2018 hat die Stadt aber nur 115 Sozialwohnungen bauen lassen. Selbst wenn die Stadt ihr Ziel von 1.200 neuen Sozialwohnungen bis 2020 noch erreichen sollte, wird sich angesichts der nach wie vor auslaufenden Sozialbindungen an den viel zu wenigen Sozialwohnungen in Hannover nichts ändern.

Bei den Belegrechtswohnungen ist im vergangenen Jahr nach Auskunft der Verwaltung ein Aderlass um rund 260 Wohnungen zu beklagen gewesen. Derzeit hat die Stadt insgesamt rund 19.000 Belegrechte. Diese entstehen entweder durch monatliche Mietzuschüsse an die Eigentümer/innen, um die Mieten auf einem bestimmten Niveau zu halten. Oder es handelt sich um einmalige Zuwendungen, die dann über einen Zeitraum von 20 oder 30 Jahren quasi abgewohnt werden. Bei den Mietzuschüssen zahlt die Stadt derzeit Beträge von 33 Cent bis 1,50 Euro pro Monat und Quadratmeter. Die Wirtschaftspolitikerin Brigitte Falke (LINKE) fordert, diesen Betrag zu erhöhen, um mehr Vermieter/innen dazu zu bewegen, entsprechende Wohnungen anzubieten. Wegen der starken Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt ist das Interesse bei vielen Vermieter/innen an Belegrechtswohnungen bislang gering.

In den Umlandkommunen

sieht es kaum besser aus. Förderte die Region vor sieben Jahren noch 2.719 Be-

legrechtswohnungen in den Städten und Gemeinden, hat es seitdem einen kontinuierlichen Rückgang bis auf 2.183 Wohnungen im vergangenen Jahr gegeben. Das teilte die Verwaltung auf eine Anfrage des Regionsabgeordneten Manfred Milkereit (LINKE) mit. Er fordert deshalb, den Mietzuschuss von maximal 1,50 Euro pro Monat und Quadratmeter anzuheben. Die Linksfraktion in der Regionsversammlung will auch den sozialen Wohnungsbau deutlich ausgeweitet sehen. Die Große Koalition gibt dafür dieses Jahr 4,5 Millionen Euro. Davon kann man zwei oder drei Mietshäuser mit insgesamt rund 20 Wohnungen bauen. Ziehen dort je drei Mieter/innen ein, profitieren 60 Menschen. Vor dem Hintergrund der starken Nachfrage nach preisgünstigem Wohnraum auch in den Umlandkommunen ist das für die Linksfraktion noch nicht einmal „ein Tropfen auf den heißen Stein“. DIE LINKE hatte in den Haushaltsberatungen mindestens 30 Millionen Euro für den Bau von Sozi-



„Um dem Schwund an Belegrechtswohnungen zu begegnen, muss die Stadt die Mietzuschüsse erhöhen.“

Brigitte Falke,
stellv. Vorsitzende der
Ratsfraktion

Um dem Mangel vor allem an kleinen bezahlbaren Wohnungen in Hannover und im Umland zu begegnen, fordern die Linksfraktionen in Rat und Regionsversammlung seit Jahren, deutlich mehr Sozialwohnungen zu bauen und mehr Belegrechte zu erwerben. Wie aktuell diese Forderungen sind, zeigen neueste Zahlen zur Entwicklung auf dem Wohnungsmarkt. Laut immowelt.de müssen Mieter/innen für neu vermietete kleine Wohnungen bis 40 Quadratmeter in Hannover mittlerweile mehr als 10 Euro pro Quadratmeter bezahlen. Die Stadt Hannover hat zwar im Jahr 2016 insgesamt 867 Wohnungen neu gebaut, aber damit ihr selbst gestecktes Ziel von 1.000 neuen Wohnungen pro Jahr verfehlt. Das teilte die Verwaltung auf eine

alwohnungen beantragt. Auch müsse der Förderanteil beim sozialen Wohnungsbau für die regionseigene Kreissiedlungsgesellschaft von derzeit 20 Prozent auf mindestens 40 Prozent steigen“, fordert

Milkereit. „Nur dann kann das kommunale Wohnungsunternehmen deutlich mehr Sozialwohnungen bauen.“ Die Regionsverwaltung geht nach Angaben des Umwelt- und Baudezernats davon aus, dass bis zum

Jahr 2025 in Hannover und im Umland für 38.000 Menschen oder umgerechnet 18.300 Haushalte zusätzlicher Wohnraum entstehen muss.

Fössebad: Keine halben Sachen!

Um ihrer Forderung nach einem Neubau des Freibads und Erhalt des Musikclubs Béi Chéz Heinz im Keller des Fössebads Nachdruck zu verleihen, haben sich die Linksfraktionen in Rat und Bezirksrat etwas einfallen lassen. Zusammen mit dem LINKEN-Bundesvorsitzenden Bernd Rie-xinger und der Landesvorsitzenden Anja Stoeck entrollten sie vor dem Eingang des Schwimmbads ein Banner mit dem Slogan „Linden: Zur Sonne zum Freibad!“ – in Ahnlehnung an das bekannte Lied der Arbeiter(innen)bewegung „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit“. Mit dieser Spaßaktion will DIE LINKE die Lindener Ratsleute Daniel Gardemin und Katrin Langensiepen (beide Grüne) an ihr Versprechen erinnern, sich für ein familienfreundliches Kombibad samt Verbleib des Béi Chéz Heinz im Keller des Fössebads einzusetzen. Das Ampelbündnis im Rat will bisher nur das Hallenbad neu

bauen. Linden hätte dann kein Freibad mehr. SPD, Grüne und FDP sehen auch keine Notwendigkeit, den renommierten alternativen Musikclub an angestammter Stelle zu erhalten. Daniel Gardemin und Katrin Langensiepen hoben dafür ihre Hand, obwohl sie vorher im Bezirksrat auch für den Neubau des Außenbeckens und den Verbleib des Musikclubs gestimmt hatten. Sie versuchen nun nach eigenen Angaben, das Ampelbündnis davon zu überzeugen, Geld für ein neues Freibad zu geben. „Mit einer Kampagne wollen wir sie dabei im Sommer unterstützen“, kündigt Dirk Machentanz, LINKEN-Fraktionsvorsitzender im Rat, Schützenhilfe an. Er fordert

von der Stadt, das Personal im Fössebad weiterzuqualifizieren und im neu gebauten Bad zu übernehmen, damit die Beschäftigten nicht auf der Straße stehen.



Von l. n. r.: David Müller (Bezirksrat), Inga Schmalz (stellvertretende Bezirksbürgermeisterin), Anja Stoeck (Landesvorsitzende), Bernd Rie-xinger (Bundesvorsitzender) und Dirk Machentanz machen Druck für ein familienfreundliches Kombibad.

„Stadtgesellschaft muss von Bewerbung als Kulturhauptstadt langfristig profitieren“



„Ein paar Highlights zu schaffen, aber für die breite Stadtgesellschaft kaum etwas bereitzuhalten, fördert nicht die Akzeptanz für solche Großevents.“

*Veli Yildirim,
sozial- und kulturpolitischer
Sprecher der Ratsfraktion*

Hannover möchte Europäische Kulturhauptstadt im Jahr 2025 werden. Dieser Preis wird jährlich vergeben und soll die Völker und Mitgliedsstaaten Europas einander näher und die kulturelle Vielfalt der europäischen Städte zur Geltung bringen.

Die Linksfraktion unterstützt die geplante Bewerbung Hannovers grundsätzlich, auch weil solche Highlight-Veranstaltungen der Stadt einen enormen Impuls geben können. Sie können aber auch ins Destruktive umschlagen. Ein Negativbeispiel war für die Linksfraktion in diesem Zusammenhang die Expo. „Ein paar Highlights zu schaffen, aber für die breite Stadtgesellschaft kaum etwas bereitzuhalten, fördert nicht die Akzeptanz für solche Großevents“, mahnt Ratsherr Veli Yildirim (LINKE). „Da müssen etwa kulturelle, städtebauliche und soziale Projekte entstehen, die zehn Jahre oder mehr tragen und den Menschen zugutekommen.“ Vor allem soziale Brennpunkte wie der Stadtteil Mühlenberg müssten profitieren.

Um das zu erreichen und möglichst viele Einwohner/innen mitzunehmen, muss es nach Auffassung der Linksfraktion einen umfangreicher Beteiligungsprozess und Ideenwettbewerb geben. Insbeson-

dere Kinder und Jugendliche, aber auch Senior(inn)en und Migrant(inn)en sollten sich einbringen können, sagt Yildirim. Der Sozialpolitiker fordert, im Zuge der Bewerbung nicht nur etwa Hotels, sondern auch Sozialwohnungen zu bauen. „Denkbar wäre ein Hundertwasserbau mit Sozialwohnungen“, regt er mit Blick auf den österreichischen Künstler Friedensreich Hundertwasser an, der vor allem als Maler und Architekt weltweit bekannt wurde. Die Linksfraktion will außerdem Vertreter/innen sozialer Organisationen in einem Beirat berücksichtigen, der die Bewerbung inhaltlich begleiten soll. Zwei Vertreter/innen der Gewerkschaften könnten die Interessen der Beschäftigten vertreten und darauf achten, dass im Zuge der Projekte vor allem Arbeitsplätze entstehen, die auch nach 2025 erhalten bleiben, sagt Yildirim. Damit die Interessen sozial benachteiligter Menschen nicht zu kurz kommen, sei etwa die Mitwirkung des Sozialverbands denkbar.

Stadt will Klärschlamm in Lahe verbrennen



„Es gibt umweltfreundliche Alternativen zur Verbrennung, diese hat die Stadt aber nicht geprüft.“

*Ratscherr
André Zingler*

Der Umweltausschuss des Rates hat eine Petition gegen die geplante Verbrennungsanlage für Klärschlamm auf dem Deponiegelände in Lahe abgelehnt. Nur DIE LINKE schlug sich auf die Seite der Einwohner/innen aus Isernhagen, welche die Petition mit 168 Unterschriften bei der Stadtverwaltung eingereicht hatten. Die Ratspolitik

hatte schon vorher grünes Licht für den Bau der Verbrennungsanlage gegeben. Diese sei notwendig, weil Klärschlamm ab 2029 nicht mehr als Dünger in der Landwirtschaft verwendet werden dürfe und eine Verbrennung in Kraft- oder Zementwerken nicht möglich sei, argumentiert die Stadt. „Es gibt umweltfreundliche Alternativen zur Verbrennung“, hält LINKEN-Ratscherr André Zingler dagegen. „Diese hat die Stadt aber nicht geprüft.“

Fachleute verweisen als Alternative auf keramische Membranen, mit denen man die Klärwerke nachrüsten kann. Diese Membranen filtern im Gegensatz zur bisherigen Abwasseraufbereitung auch Mikroplastik, Bakterien, Viren und damit auch multiresistente Keime sowie Reifenabrieb aus dem Abwasser heraus. Im Ergebnis ist der dann übrig bleibende Klärschlamm kaum oder nicht mehr mit Giftstoffen und Krankheitskeimen belastet, sodass er auf üblichen Deponien abgelagert werden kann.

Kritiker/innen der geplanten Verbrennungsanlage bemängeln die freigesetzten Schadstoffe und die Belastung durch Zulieferverkehr, damit die Anlage voll wird. Komme die Anlage, bestehe auf lange Sicht kein Interesse mehr an einer umweltfreundlichen Lösung, heißt es. Die Stadtwerke Hannover wollen die Verbrennungsanlage betreiben. Sie soll mindestens 25 Jahre lang laufen, wahrscheinlich aber bis zu 30 oder 40 Jahre lang. Rund 30.000 Tonnen Trockenklärschlamm sollen jedes Jahr in Lahe verbrannt werden.



Neben der Müllverbrennungsanlage soll die Verbrennungsanlage für Klärschlamm entstehen.

Monatssozialticket für 15 Euro analog zur neuen SchülerCard einführen!

Vor dem Hintergrund der erfreulichen Einführung der 15-Euro-SchülerCard, mit der Schüler/innen und Azubis mit Bus und Bahn durch die Region Hannover fahren können, hat die Linksfraktion in der Regionsversammlung beantragt, ein Monatssozialticket für 15 Euro für Arbeitslose einzuführen. „Arbeitslose Jugendliche haben leider keinen Anspruch auf die preisgünstige SchülerCard“, bemängelte Fraktionsvize Michael Fleischmann im Verkehrsausschuss der Region. Schüler/innen von wohlhabenden Eltern kommen dagegen in den Genuss der 15-Euro-Schüler(innen)karte. „Es ist deshalb an der Zeit, die viel zu teure MobilCard S im Preis deutlich zu senken, damit auch die Schwächsten der Gesellschaft von günstigen Bus- und Bahnfahrpreisen profitieren“, begründete

Fleischmann seinen Antrag. Er verwies auf Braunschweig. Dort gibt es mit dem BS-Mobil-Ticket schon einen sozialen Monatsfahrchein für 15 Euro. Bisher müssen Arbeitslose in der Region Hannover für alle Tarifzonen 63,50 Euro im Monat berappen. „Dieses Geld müssen sie sich vom Munde absparen, soweit das überhaupt geht“, kritisierte er.

Im Sozialticketantrag will die Linksfraktion auch den Kreis der Anspruchsberechtigten um Geringverdiener/innen bis zur Armutsschwelle ausgeweitet sehen. Sie haben zwar mehr als Hartz IV haben, aber zu wenig zum Leben. Die Linksfraktion möchte damit vor allem SPD-Regionspolitiker/innen an ihr Versprechen aus der Zeit der Einführung des Sozialtickets erinnern. Damals hieß es, man wolle perspektivisch auch Geringverdiener/innen in den Berechtigtenkreis aufnehmen. Passiert ist bisher nichts. „Das ist sehr bedauerlich“, sagte Fleisch-

mann im Verkehrsausschuss. Er betonte, dass immer mehr Beschäftigte mit Niedriglöhnen über die Runden kommen müssen, woran auch der viel zu geringe gesetzliche Mindestlohn kaum etwas geändert habe. Die Armutsschwelle für eine allein lebende Person lag im Einkommensbezugsjahr 2016 bei 1.064 Euro monatlich. Als arm gelten danach Bundesbürger/innen, die mit weniger Geld auskommen müssen. Die große Mehrheit der Politiker/innen lehnte seinen Antrag ab.

Fleischmann hatte im Mai 2005 als erster in der Regionsversammlung ein Sozialticket für Hartz-IV-Bezieher/innen beantragt. So etwas sei weltfremd, weil nicht bezahlbar, meinten damals die Mehrheitsfraktionen von SPD und Grünen. Vier Jahre später kam dann das Sozialticket als Einzelfahrchein, wenn auch noch viel zu teuer. Ende 2013 wurde mit der MobilCard S der Monatsfahrchein eingeführt.

Trotz Protesten: Politiker/innen streichen Busangebot zusammen Hannoversche Randbezirke und Umland betroffen



Zum Jahresende fahren viele Busse der RegioBus weniger oder gar nicht mehr.

Gegen die Stimmen der Linksfraktion hat die Regionsversammlung beschlossen, das Busangebot zum nächsten Fahrplanwechsel im Dezember in den hannoverschen Randbezirken und im Umland deutlich zu verschlechtern – zahlreichen Protesten von Einwohner/innen zum Trotz. Viele Busse der RegioBus fahren dann weniger oder gar nicht mehr. Nur sehr wenige Buslinien werden häufiger unterwegs sein. Der Antrag der Linksfraktion, das Busangebot vor dem Hintergrund steigender Einwohner(innen) zahlen und einer älter werdenden Gesellschaft zu verbessern, anstatt zusammenzustreichen, hatte keine Chance.

Die Politiker/innen von SPD, CDU und FDP sowie die Verkehrsverwaltung der Region

begründeten ihre Streichliste mit den Ergebnissen zweier Gutachten. Darin kommen Beratungsfirmen zum Schluss, dass die Kosten bei der RegioBus deutlich sinken müssten. Sonst drohe das kommunale Unternehmen die Konzession für die Buslinien zu verlieren, und es käme ein privates Busunternehmen zum Zuge, heißt es. „Das ist Quatsch, weil man den Busverkehr nur mit Verlusten fahren kann“, sagte Michael Fleischmann, LINKEN-Fraktionsvize und jahrzehntelanger Kunde von Bus und Bahn in Region Hannover. „Wenn eine Privatfirma zum Zuge kommen wollte, müsste sie im Gegensatz zur RegioBus ohne staatliche Zuschüsse auskommen und wäre dann nach kurzer Zeit pleite. Es droht keine Ausschreibung des Busverkehrs“, unterstrich er. Die Gutachten sagen dazu nichts.

„Die Gutachten, mit denen die Regio-Bus-Streichliste begründet wird, sind nicht das Papier wert, auf dem sie stehen. Das Busangebot muss besser statt schlechter werden.“

*LINKEN-Fraktionsvize
Michael Fleischmann*

Wenn man die Gutachten unter die Lupe nimmt, fallen zahlreiche weitere Schwächen ins Auge. Die RegioBus habe im Vergleich mit zehn anderen Nahverkehrsfirmen mit mehr als vier Euro die höchsten Kosten pro gefahrenen Kilometer, heißt es etwa. Diese Aussage steht in krassem Widerspruch zu Aussagen des ehemaligen Geschäftsführers der RegioBus. Er hatte

den Politiker/innen im Verkehrsausschuss der Region jahrelang erläutert, warum das Unternehmen beim Kosten-Ertrags-Verhältnis im Mittelfeld oder vorderen Drittel mit vergleichbaren Firmen liegt. „Warum die RegioBus im Wirtschaftlichkeitsranking nun auf einmal ganz hinten steht, ist nicht nachvollziehbar“, betonte Fleischmann in der Regionsversammlung.

Die Gutachter/innen schauen meist nur, wo gekürzt werden kann. Sie lassen mögliche Fahrgastzuwächse, die eine Ausweitung des Busangebots nach sich ziehen könnten, außer Acht. Beispiel samstags: Morgens soll das Busangebot schlechter werden. Es wurde aber nicht geprüft, ob nachmittags häufiger gefahren werden sollte. Es gibt im Umland immer noch Buslinien, die Samstagnachmittag um 14 oder 16 Uhr ihren Betrieb einstellen.

Wenn die Kürzungen zum Jahresende greifen, müssen sich laut Gutachten 200 Fahrgäste ein neues Beförderungsangebot suchen, weil ihr Bus nicht mehr fährt. Sie sind also von den Kürzungen betroffen. Diese Zahl bezieht sich aber nur auf einen Tag. Es wurde nur an einzigen Tag X in der Woche geguckt, wer betroffen ist. „Das geht natürlich nicht“, kritisierte Fleischmann. „Denn die meisten Fahrgäste sind nicht regelmäßig jeden Tag mit dem Bus unterwegs. Folge: An einem Tag sitzen vielleicht drei oder fünf Fahrgäste im Bus und an einem anderen Tag zur gleichen Zeit vielleicht zehn Fahrgäste. Die Zahl von 200 Betroffenen sollte für jeden Werktag mit dem Faktor 5 multipliziert werden, um der Realität näher zu kommen.“

Impressum

Herausgeberinnen:

Fraktion DIE LINKE im Rat der
Landeshauptstadt Hannover
Schmiedestr. 39, 30159 Hannover,
Tel.: 0511 168 326 -00, Fax: /-08
www.linksfraktion-hannover.de,
E-Mail: linke.piraten@hannover-rat.de

DIE LINKE Fraktion
in der Regionsversammlung Hannover
Osterstraße 60, 30159 Hannover
Tel. 0511 616-25351, Fax: 616 - 112 60 98
www.dielinke-regionsvraktion.de
E-Mail: kontakt@dielinke-regionsfraktion.de

Redaktion:

Michael Fleischmann, Holger Othmer,
V.i.S.d.P.: Dirk Machentanz